



Newsletter

Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 11.4.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

das Gymnasium ist ein zentraler Eckpfeiler des differenzierten bayerischen Schulsystems. Gemeinsam mit der Mittelschule und der Realschule garantiert es ein begabungsgerechtes Bildungssystem in Bayern. Was wir jetzt brauchen, ist Ruhe im System. Ständige Neuerungen im Schulsystem führen nur zu Verunsicherung. Ausweislich aller Studien ist das bayerische Schulsystem ein überaus erfolgreiches - die erzielten Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler bestätigen dies.

Bei der Weiterentwicklung des Gymnasiums haben wir stets die Qualität des Gymnasiums und die bestmögliche Unterrichtssituation für die Schüler im Blick. Um dies zu erreichen, führen wir einen breit angelegten Dialog mit allen Beteiligten. Schnellschüsse, wie das Volksbegehren der Freien Wähler, lehnen wir entschieden ab. Wir unterstützen keine Bildungspolitik gegen den Willen der Betroffenen!

Mehr dazu in diesem Newsletter!

Mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Bernhard Seidenath

Gymnasium - Weiterentwicklung mit Augenmaß statt unvernünftige Schnellschüsse!

In der aktuellen Debatte um das Gymnasium in Bayern hat die CSU-Fraktion ein klares Ziel: Die bestmögliche Unterrichtssituation und die beste Unterrichtsqualität für die Schülerinnen und Schüler! Deshalb werden wir einen ergebnisoffenen Dialog führen - mit Schülern, Eltern, Schulleitungen, Lehrkräften und Verbänden.

Wir wollen das Gymnasium in Bayern stärken und nicht schwächen. Denn gemeinsam mit der Mittelschule und der Realschule garantiert das Gymnasium ein begabungsgerechtes differenziertes Schulsystem in Bayern. Wir möchten die bayerischen Schüler zudem mit einem breiten Angebot bestmöglich fördern und Schulen im ländlichen Raum erhalten.

Was wir nicht wollen, sind Experimente auf Kosten der Schüler. Alle offenen Fragen brauchen überlegte Antworten und keine Schnellschüsse! Das Volksbegehren der Freien Wähler ist so ein unvernünftiger Schnellschuss. Nicht ohne Grund lehnen alle Lehrer- und Elternverbände das Konzept der Freien Wähler ab.

[Gründe gegen das Volksbegehren](#)

Nachhaltige Finanzpolitik in den EU-Ländern und Abbau der kalten Progression

Diese Woche fand in Hamburg die Tagung der finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU statt. Die Haushaltspolitiker machten dabei ihre Positionen zur Finanzpolitik in der Eurokrise und zum Abbau der kalten Progression deutlich.

„Deutschland wird es auf Dauer nur gut gehen, wenn es Europa gut geht“, so Hans Herold, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Staatshaushalt und Finanzfragen der CSU-Fraktion. „Deshalb müssen wir uns vehement für eine nachhaltige Haushaltspolitik in der EU einsetzen“, betonte er.

[Weiterlesen](#)

Politischer Club am 5. Mai 2014 zum Thema Europa

„Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft.“ Diese Worte des ehemaligen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß haben nach wie vor Gültigkeit. Die Europäische Union ist eine einzigartig erfolgreiche Friedensgemeinschaft und deshalb zurecht 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Gerade die aktuellen Vorkommnisse in Osteuropa zeigen, dass Europa als Friedensprojekt auch heute noch überaus bedeutend ist.

Auch in Zukunft braucht Bayern eine starke Stimme in Europa und Europa bürgernahe Entscheidungen. Darüber wollen wir am *5. Mai um 19 Uhr im Bayerischen Landtag *mit dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion, *Joseph Daul*, und den Europaabgeordneten *Markus Ferber *und *Dr. Angelika Niebler *sprechen.

[Mehr Infos und Anmeldung zur Veranstaltung](#)

Reform der Agrarpolitik - Wichtige Erfolge für die bayerischen Bauern

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ist ein zentraler Politikbereich der EU und bestimmt maßgeblich die nationalen Rahmenbedingungen. Aktuell befindet sich die Reform der GAP auf der Zielgeraden. In Bayern stehen für den Finanzierungszeitraum von 2014 bis 2020 im Rahmen der GAP rund 8,4 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung.

Bei den bisherigen Verhandlungen zur neuen GAP hat der Freistaat wichtige Erfolge erzielt: So konnten massive Kürzungen in der neuen Finanzierungsperiode 2014-2020 abgewendet werden. Bei den EU-Direktzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe gibt es einen Zuschlag auf die ersten Hektare. Er wird in zwei Stufen gewährt: 50 Euro/Hektar für die ersten 30 und 30 Euro/Hektar für weitere 16 Hektare. Mit dieser Maßnahme werden bäuerliche Familienbetriebe im Vergleich zu großen Betrieben künftig besser gestellt. Weitere Erfolge sind die bürokratische Entlastung kleiner und mittlerer Betriebe und die Möglichkeit, auch auf ökologischen Vorrangflächen produzieren zu können.

Auf der jüngsten Agrarministerkonferenz in Cottbus sicherte sich Landwirtschaftsminister Helmut Brunner, MdL, den Rückhalt der Länderkollegen für wichtige bayerische Anliegen. Er warb erneut für eine praxistaugliche Umsetzung der EU-Agrarreform in Bayern und Deutschland. Einig waren sich die Agrarminister darin, gegen die überbordende Bürokratie in der Landwirtschaft anzukämpfen. So verständigten sich die Minister darauf, eine länderübergreifende Arbeitsgruppe einzurichten, die für eine möglichst pragmatische Umsetzung der EU-Vorgaben sorgen soll.

Neues Kulturlandschaftsprogramm - Impulse für eine moderne Landwirtschaft

„Mit dem neuen bayerischen Kulturlandschaftsprogramm werden viele aktuelle Anliegen der Landwirtschaft, des Naturschutzes und des Gewässerschutzes aufgegriffen und gelöst.“ Mit diesen Worten begrüßte Angelika Schorer, die agrarpolitische Sprecherin der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, den von Staatsminister Helmut Brunner vorgestellten Entwurf zur Ausgestaltung des Bayerischen Kulturlandschaftsprogrammes in der neuen Förderperiode der EU.

„Das reich gegliederte Landschaftsbild Bayerns erhalten, gesunde Lebensmittel fördern, Boden- und Gewässerschutz berücksichtigen, Artenvielfalt erhalten und den Klimaschutz im Auge haben – alle diese Ziele werden mit dem neuen Kulturlandschaftsprogramm berücksichtigt“, lobte Gudrun Brendel-Fischer, die stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion.

Die Vorschläge des bayerischen Landwirtschaftsministers setzen Impulse für eine positive Weiterentwicklung einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft, die ressourcenschonend wirtschaftet, Tiere artgerecht hält und einen Beitrag zum Klimaschutz leistet, so die beiden Abgeordneten.

[Weiterlesen](#)

Mindestspeicherfristen, aber sicher - Entscheidung des EuGH gute Grundlage

„Mit der Entscheidung erkennt der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Zulässigkeit der Speicherung ausdrücklich an und nennt – wie bereits zuvor das Bundesverfassungsgericht – klare Voraussetzungen.“ Mit diesen Worten lobte Petra Guttenberger, die Vorsitzende des Arbeitskreises für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zur Vorratsdatenspeicherung.

Die Nutzung von Verbindungsdaten sei für die Bekämpfung schwerster Straftaten unerlässlich. „Auf eine neue EU-Richtlinie darf deshalb nicht mehr gewartet werden, damit keine ernststen Sicherheitslücken entstehen“, forderte die Abgeordnete.

Die Speicherung müsse auf schwerste Kriminalität beschränkt sein. „Daten dürfen ausschließlich dann verwendet werden, wenn eine schwere Straftat vorliegt und natürlich nur dann, wenn ein Gericht dies anordnet“, so die CSU-Politikerin. Wichtig sei der CSU-Fraktion, dass diese Daten bei den Providern absolut sicher gespeichert bleiben und nach Ablauf einer Speicherfrist von drei Monaten umgehend gelöscht werden. Guttenberger erwartet, dass auf europäischer Ebene eine verbesserte Richtlinie vorgelegt werde. „Und auch für Deutschland brauchen wir dringend eine Regelung, die die Hinweise des EuGH berücksichtigt. Aber falsch wäre es, jetzt nichts zu tun.“

Die Woche in Bildern

In unserer Rubrik „Die Woche in Bildern“ haben wir für Sie wieder Fotos aus dieser Sitzungswoche zusammengestellt!

[Schauen Sie rein!](#)

Zahl der Woche: 5.000

5.000 Euro „Startgeld Netz“ sollen Kommunen in Bayern den Einstieg in Förderverfahren zum Breitbandausbau erleichtern. „Ab sofort erhalten Kommunen 5.000 Euro Startgeld, wenn sie in die Planungen zum Breitbandausbau eintreten“, kündigte Finanzminister Dr. Markus Söder, MdL, an. „So sollen Kommunen zusätzlich ermuntert werden, in das Verfahren einzusteigen“, so Söder weiter. Mit dem „Startgeld Netz“ unterstützt der Freistaat Bayern die Kommunen bei der verwaltungstechnischen Abwicklung des Förderprogramms. Hierzu zählt die Beauftragung externer Planungsbüros ebenso wie der eigene Personal- und Sachaufwand der Kommune.

Bekommen können das Startgeld alle Kommunen, die beim Breitbandförderprogramm der bayerischen Staatsregierung einsteigen. Der entsprechende Antrag ist bei den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung einzureichen.